

Das neue Hochschulgesetz - Ist das ukrainische Hochschulsystem im Aufbruch?

Klein, Eduard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Klein, E. (2015). Das neue Hochschulgesetz - Ist das ukrainische Hochschulsystem im Aufbruch? *Ukraine-Analysen*, 152, 11-14. <https://doi.org/10.31205/UA.152.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>



DER DONBASS-KONFLIKT DIE REFORM DER HOCHSCHULBILDUNG DIE SPRACHENFRAGE

■ KOMMENTAR	
Der Donbass-Albtraum	2
Von Hiroaki Kuromiya, Bloomington	
■ DOKUMENTATION	
Festnahme russischer Staatsbürger in Luhansk	6
Foltervorwürfe von Amnesty International und ukrainische Reaktion	7
Aussetzung einiger Menschenrechte in der Ukraine	8
Der Ukraine-Konflikt in der Gemeinsamen Erklärung des Gipfels der Östlichen Partnerschaft und die Reaktion Russlands	9
■ ANALYSE	
Das neue Hochschulgesetz – Ist das ukrainische Hochschulsystem im Aufbruch?	11
Von Eduard Klein, Berlin / Regensburg	
■ UMFRAGE	
Die Meinung der Ukrainer zur Sprachenfrage	15
■ CHRONIK	
11. – 24. Mai 2015	18



Der Donbass-Albtraum

Von Hiroaki Kuromiya, Bloomington

Der derzeitige Krieg im Donbass ist auf den ersten Blick schwer zu verstehen. Fast alle westlichen Berichte beschreiben ihn als Kampf zwischen ukrainischem Militär (und Freiwilligen, die Anhänger der ukrainischen Unabhängigkeit sind) und prorussischen Separatisten (die direkt, wenn auch heimlich, durch die russische Regierung unterstützt werden). An dieser Darstellung ist einiges wahr. Moskaus Leugnen zum Trotz ist dies auch Russlands Krieg gegen die Ukraine: Das russische Militär interveniert zugunsten der Separatisten direkt in den Konflikt. Völlig unklar ist jedoch, ob der prorussische Kampfgeist im Donbass so stark verwurzelt ist, wie berichtet wird. Ohne Russlands direkte Unterstützung würden die Separatisten im Donbass wahrscheinlich schnell eine Niederlage gegen die ukrainischen Streitkräfte erleiden. Sicher ist, dass sich der Donbass als Region gegenüber keiner Regierung oder Ideologie jemals wirklich loyal verhalten hat. Das wird sich für Kiew wie auch für Moskau als echtes Problem erweisen, egal wie der Konflikt endet.

Der Donbass, ein durch und durch ukrainischer Landstrich

Den politischen Kampfgeist dieses ukrainisch-russischen Grenzlands haben viele Politiker über lange Zeit gefürchtet. Die rußgeschwärmten Gesichter der Donbass-Arbeiter symbolisierten lange die Widerspenstigkeit der Politik in dieser Region. Zwischen 1917 und 1921, in den Jahren des revolutionären Aufstands und des darauffolgenden Bürgerkriegs, ging der Donbass durch viele Hände. Keine der involvierten Parteien und Regierungen (Kommunisten, antikommunistische Weiße, verschiedene ukrainische Nationalisten) fasste jedoch jemals dort Fuß. Als die Kommunisten in der Ostukraine ihr Land und die umliegenden Industrieregionen 1918 von der Ukraine abspalteten und zur Sowjetrepublik Donezk-Kriwoi Roh erklärten, weil sie die neue unabhängige ukrainische Regierung ablehnten, war der kommunistische Führer Wladimir Lenin dagegen. Er sah die Republik als Schwächung der Ukraine an, indem sie diese ihrer »proletarischen Basis« beraubte. Damit erkannte Lenin den Donbass als Teil der Ukraine an. Lenins Urteil ist nachvollziehbar: Wie russifiziert der Donbass kulturell und sprachlich auch sein mag, die ethnischen Russen waren hier weder vorher noch nachher jemals in der Mehrheit. Der Donbass war und ist überwiegend ukrainisch.

Während der gesamten Ära des Kommunismus blieb der Donbass, ein riesiges industrielles Zentrum von

Bergbau und Metallurgie, Moskaus Problemkind. Weil hier ständig Arbeitskräfte gebraucht wurden, die bereit waren, harte und gefährliche Tätigkeiten zu übernehmen, blieb er der Magnet für Flüchtende und Geflüchtete, der er schon vor der Revolution gewesen war. Wer Grund hatte zu fliehen (zum Beispiel vor politischer Verfolgung oder wirtschaftlichen Härten), floh hierhin und fand Zuflucht im Untergrund, wörtlich wie im übertragenen Sinn. Der Donbass war ein Land der Zuflucht und der Freiheit. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde ukrainischen Partisanen, die es nicht schafften, in den Westen zu entkommen, geraten, in den Donbass zu gehen und sich dort zu verstecken. Zur Zeit der antikosmopolitischen Kampagnen in Stalins letzten Jahren zog der Donbass Juden an, die erkannten, dass die Verhältnisse hier freier als anderswo waren. Einer von ihnen war der Vater der israelischen Politikers Natan Scharanski: Als er wegen des Antisemitismus in Odessa dort nicht mehr arbeiten konnte, wurde ihm gesagt, er solle »in Stalino [dem heutigen Donezk] sein Glück versuchen«. Wie Sibirien war der Donbass aber auch eine Strafkolonie. Die extrem harten und zermürbenden Arbeitsbedingungen in Industrieregionen machten diese zu praktischen Abladeplätzen für politisch unerwünschte Personen und Gruppen. So wurde der Donbass, wie die Gulags, zu einem Ort, an dem sich verbotene politische Ideen weit verbreiteten.

Der Donbass war auch ein Ort der Demokratisierung. Während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg zogen ukrainische Nationalisten, die mit den faschistischen Ideen Benito Mussolinis und Francisco Francos sympathisierten, von den westlichen Regionen in den Osten, den Donbass, um Köpfe und Herzen seiner Bevölkerung zu gewinnen. Die lokale Bevölkerung wies sie jedoch ab, einige der faschistischen Nationalisten unterstützten am Ende sogar eine demokratische Ukraine. Später, in der Breschnew-Ära und noch vor der Solidarnosc-Bewegung in Polen, wurde der Donbass zu einem bedeutenden Zentrum der unabhängigen (nicht-sowjetischen) Gewerkschaftsbewegung. Auch einige wichtige sowjetische Freiheitskämpfer stammen aus dem Donbass. Einer von ihnen ist der ukrainische Dichter Wassyl Stus. Er starb 1985 in einem russischen Arbeitslager. (Die 2001 für ihn an der Nationalen Universität Donezk angebrachte Gedenktafel wurde kürzlich von antiukrainischen Kräften entfernt.) In dem Glauben, dass sie ohne Moskau besser dran wäre, unterstützte eine überwältigende Mehrheit der Donbass-Bevölkerung (über 83 Prozent) 1991 die Unabhängigkeit der

Ukraine. Diese unabhängige Ukraine war eher enttäuschend als zufriedenstellend. Daher die weitverbreitete Wut im Donbass.

Das heißt nicht unbedingt, dass die Donbass-Bevölkerung prorussisch ist. Viele halten zwar heute Russland für vielversprechender als die Ukraine, morgen denken sie aber womöglich schon anders. Trotz gegenteiliger schriller politischer Rhetorik haben ethnische und sprachpolitische russisch-ukrainische Themen in der Donbass-Politik jedoch weder früher noch heute eine größere Rolle gespielt. In vielerlei Hinsicht verhält sich die Bevölkerung im Donbass wie die alten ukrainischen Kosaken, die im Grenzgebiet von Moskau, Polen und dem Osmanischen Reich im 15. und 16. Jahrhundert das »Wilde Feld«, begründeten, auf dem sie Freiheit und Glück finden wollten. Je nach wechselnder politischer Situation taten sie sich zur Sicherung ihrer Existenz und ihres Wohlergehens mit jeder dieser Mächte zusammen. So endete ihre zeitweise pragmatische Allianz mit dem Moskauer Zar gegen Polen in der Mitte des 17. Jahrhunderts damit, dass der Donbass und die ihn umgebenden Regionen an Moskau fielen. In der rauen Welt der Kosaken waren demokratische und egalitäre Prinzipien durchaus nicht unbekannt, vielmehr waren sie die Gründungsideale des modernen, unabhängigen ukrainischen Staats, über die dieser sich vom »autokratischen Russland« und vom »aristokratischen Polen« abgrenzte. In diesem Sinne scheint der Donbass trotz seiner vermeintlich »prorussischen« Orientierung zutiefst ukrainisch zu sein.

Das Janukowitsch-Phänomen

Als die unabhängige Ukraine frei oder zumindest freier als in der Sowjetperiode wurde, musste der Donbass nicht länger der Ort der Freiheit sein und war nun nur noch eine, wenn auch widerspenstige Region eines neuen Lands. Anders als die westlichen und zentralen Regionen der Ukraine ist der Donbass allerdings ein hochentwickeltes industrielles Zentrum, das erheblichen nationalen Reichtum generiert. Nicht zufällig kommen viele der reichen ukrainischen Männer (unter ihnen der reichste Mann der Ukraine, Rinat Achmetow) aus dem Donbass.

Der Donbass, die Bürger genauso wie die Oligarchen, stellte sich auf die neue politische Realität der postsowjetischen Ära ein. Trotz gelegentlicher separatistischer Forderungen sah der Donbass seine Zukunft insgesamt innerhalb einer unabhängigen Ukraine, wobei er Verbindungen zu Russland aus guten Gründen nicht zurückwies (jeder möchte gute nachbarschaftliche Beziehungen haben!). Dann änderte der Donbass als Ganzes jedoch seine politische Strategie. Nach der ukrainischen Unabhängigkeit begann er, sich ganz untypisch

zu verhalten: Er versuchte, die Kiewer Zentralmacht zu übernehmen. Das kann als Janukowitsch-Phänomen bezeichnet werden.

Fast schaffte es Wiktor Janukowitsch 2004, die Macht zu stehlen. 2010 gelang ihm dann durch Wahlen die Eroberung des Präsidentenamts, die die Orange Revolution 2004/05 verhindert hatte. Solange die Donbass-Bevölkerung glaubte, dass sich ihre Interessen und Stimmen in der nationalen Politik niederschlugen, schien sie mit dem Janukowitsch-Phänomen zufrieden und zeigte wenig Interesse an Separatismus. Selbst als Janukowitsch im Februar 2014 von der Euromaidan-Bewegung vertrieben wurde, zog die Donbass-Bevölkerung Separatismus nicht ernsthaft in Betracht. Er war nicht mehr als eine unrealistische Möglichkeit. In merkwürdiger Art und Weise bezeichnete das Janukowitsch-Phänomen sogar die beginnende, wenn auch massiv durch Russland beeinflusste Integration des Donbass in den ukrainischen Politikkörper. Russlands Militärintervention war es dann, die die politische Szenerie komplett veränderte.

Die russische Kriegsverantwortung

Es wäre offenkundig falsch zu behaupten, im Donbass gäbe es keine prorussischen oder antiukrainischen Gefühle. Die gibt es, genauso wie es starke proukrainische oder antirussische Gefühle gibt. Welche Gefühle dominieren im Donbass heute? Oder morgen? Niemand kann das mit Sicherheit sagen. Die momentane Situation geht auf Moskaus Militärintervention zurück. Es gibt keinen Grund, warum der Donbass seine Wut und Frustration nicht im Rahmen einer unabhängigen Ukraine in den Griff hätte bekommen können. Unruhen und harte Zusammenstöße hätte es sicher gegeben, die Bevölkerung hätte jedoch eher einen Kompromiss angestrebt als Krieg. Russlands Militärintervention schuf eine politische Option, die es bis dahin realistischer Weise nicht einmal in dieser Grenzregion der Ukraine gegeben hatte.

Unter der falschen Anschuldigung, ethnische Russen und die russischsprachige Bevölkerung würden verfolgt, zwang Moskau dem Donbass im März/April 2014 Militärgewalt auf, um ihn zu kontrollieren, auch wenn Moskau die Präsenz militärischer Kräfte der Russischen Föderation bis heute leugnet. Einen Monat zuvor hatte Moskau schon mit Militärgewalt und unter dem Deckmantel lokaler freiwilliger Kräfte die Krim eingenommen.

Präsident Wladimir Putins Interventionen mögen nach spontanen Entscheidungen aussehen. Im Lichte russischer und vergangener sowjetischer Militärinterventionen waren diese jüngsten Fälle aber mit Sicherheit geplant, zumindest als mögliches Szenario zur Schaf-

fung einer größeren russischen Einflussphäre oder zur Expansion der imperialen Reichweite Russlands. Putins Einsatz des alten historischen Konzepts von »Neurussland« zur Rechtfertigung seiner Militärintervention ist kein Zufall. Es gibt Grund für die Vermutung, dass zumindest zwei Formen innerer Subversion schon einige Zeit im Einsatz gewesen sind. Eine davon ist die Praxis, Bewohnern von Grenzregionen, einschließlich des Donbass, russische Pässe anzubieten. Diese Form der Subversion wurde lange von russischen und sowjetischen Regierungen zur verdeckten territorialen Expansion eingesetzt. Falls notwendig, macht Russland nach wie vor den Schutz seiner Bürger zur Rechtfertigung von Militärinterventionen geltend. Die zweite Form verdeckter Subversion ist der Einsatz verdeckter »beeinflussender Agenten« im Ausland, die man als politische »Schläferzellen« bezeichnen kann. Russland und die Sowjetunion sind auf diesem Gebiet traditionell ausgesprochen versiert. Die Ukraine ist ein junges und noch instabiles Land mit einer schwer vorhersehbaren Zukunft. Bei praktisch offenen ukrainischen Grenzen wäre es relativ einfach für Russland, Personen zu rekrutieren, die für die Interessen Moskaus, der ehemaligen Hauptstadt der Sowjetunion, arbeiten. Nostalgie und der Wunsch nach Stabilität sind ein weiterer wichtiger Faktor, schließlich ist die Mehrheit der ukrainischen Bevölkerung unter sowjetischer Herrschaft geboren. Wichtig sind auch Drohungen, Erpressungen und andere unaussprechliche Methoden, die dieses Geschäft weltweit auf Lager hat.

Präsident Putin rechtfertigt seinen getarnten und verschleierte Krieg mit Russlands nationalen Sicherheitsbelangen. Aber genauso wie Russland hat auch die Ukraine ein Recht auf nationale Sicherheit. Russland hat das Recht der Ukraine verletzt, indem es sein eigenes einseitig geltend machte. Auch das ist nicht neu. Noch immer wirft Russland Polen vor, den Zweiten Weltkrieg verursacht zu haben, indem es den Moskauer Forderungen nicht nachgegeben hat. Dabei vergisst Moskau geflissentlich, dass es Moskau und Berlin waren, die durch ihre Verschwörung zur Zerstörung Polens den Zweiten Weltkrieg angefangen haben. Russland steht mit Sicherheit hinter dem derzeitigen Krieg im Donbass.

Die Krim, der Donbass und »das russische Problem«

Moskaus Berufung auf Sicherheitsbelange ist eher rhetorischer Art als substantiell von Bedeutung. Natürlich ist die nationale Sicherheit eine ernsthafte Angelegenheit. Auch Russlands Sorge über die Expansion der westlichen Welt bis an seine Grenzen ist verständlich. Für das Misstrauen zwischen dem Westen und Russland sind beide Seiten verantwortlich. Das selbstbezogene Verhalten des Westens auf internationalem Parkett hat zwar

zur Entfremdung Russlands vom Westen beigetragen, das selbstbezogene Verhalten Russlands aber hat eine mindestens genauso starke Entfremdung nicht nur des Westens, sondern auch der ehemals von Moskau kontrollierten Satellitenstaaten von Russland hervorgerufen.

Moskau hat in jeder Hinsicht eigene Probleme, die der Westen seinerseits im Großen und Ganzen gelöst hat. So denkt Präsident Putin zum Beispiel noch immer, Moskau habe das Recht zu intervenieren, um die russischsprachige Bevölkerung auf dem eurasischen Kontinent zu »beschützen«, mit anderen Worten Land wie die Krim und den Donbass zu okkupieren und zu annektieren. Dieser imperialistische Anspruch ist hochgradig anachronistisch. Hat England das Recht, in New England und den USA zu intervenieren? Hat Mexiko das Recht, in den Bundesstaaten New Mexico, Texas, Arizona oder Kalifornien in den Vereinigten Staaten zu intervenieren? Der britische Wissenschaftler Timothy Garton Ash berichtet, dass er 1994 bei der Teilnahme an einem Runden Tisch in St. Petersburg, Russland, eingeladen war, als ein »kleiner untergesetzter Mann mit einem rattenhaften Gesicht« ihn plötzlich weckte. »Russland«, sagte er, »hat freiwillig riesige Territorien« an ehemalige Sowjetrepubliken abgetreten, darunter Gebiete, »die historisch schon immer zu Russland gehört haben«, vermutlich die Krim, die Ostukraine, Nordkasachstan und dergleichen Gegenden mehr. Laut diesem Mann »könnte Russland 25 Millionen Russen«, die jetzt im Ausland leben, nicht einfach ihrem Schicksal überlassen. Die Welt müsse die Interessen des russischen Staats »und des russischen Volks als einer großen Nation« respektieren.« Der Name dieses Manns war Wladimir Putin.

Denkt das russische Volk genauso? Glaubt man den Umfragen (was man angesichts der staatlichen Kontrolle über die Massenmedien nicht unbedingt kann), tut die Mehrheit das. Auch das scheint anachronistisch. Wäre das deutsche Volk erfreut, wenn Deutschland das Sudetenland oder Kaliningrad (früher Königsberg) zurückgewinnen würde? Mit ziemlicher Sicherheit wäre die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit nicht erfreut. Wäre das polnische Volk erfreut, wenn Warschau Ostgalizien mithilfe verdeckter Militäraktionen erobern würde? Höchstwahrscheinlich nicht. Im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts mit seinen zwei Weltkriegen sind die westlichen Länder aus ihren imperialen Dummheiten herausgewachsen. Russland ist das offensichtlich nicht. Über dieses Problem muss die russische Regierung wie auch das russische Volk ernsthaft nachdenken.

Abschließende Bemerkungen

Niemand weiß, in welche Richtung sich der Donbass entwickeln wird. Wie viele ähnliche geopolitische Fra-

gen wird womöglich auch die Donbass-Frage über die Politik der Großmächte und ohne viel Ansehen der Ukraine oder des Donbass »gelöst«. Auf jeden Fall war es Moskaus Militärintervention, die den Donbass-Albtraum geschaffen hat. Viele Menschen im Donbass sagen, dass der ganze militärische Konflikt nicht nachvollziehbar und geradezu absurd ist. Dafür gibt es einen Grund: Er wurde heimlich entworfen und von Außenstehenden geschickt getarnt.

Es stimmt, dass der Donbass lange Zeit ein Ort des Widerstands gegen großstädtische Machtzentren gewesen ist, der sich immer gegen Autoritäten von außen gewehrt hat. Das Motto des Donbass (aus einem Gedicht des dort lebenden Bergmanns Pawel Besposhchadnyi aus der Zeit des Zweiten Weltkriegs) lautet:

*Niemand hat den Donbass in die Knie gezwungen!
Niemand wird das schaffen! [Donbass nikto ne stawil na koleni / I nikomu postawit ne dano!]*

Im Jahr 1991 und danach begann der Donbass dennoch, seine Zukunft in einer unabhängigen und freien Ukraine zu verorten, weil er keine Alternative dazu sah. Moskau drehte diese turbulente Entwicklung gewalttätig um. Durch die Abschaffung der ukrainisch-russischen Grenze in der Donbass-Region erweckte Moskau letzten Endes das legendäre widerspenstige »Wilde Feld« zu neuem Leben. Kleine Teile der Donbass-Bevöl-

kerung begannen, gegen Kiew zu den Waffen zu greifen, unterstützt von getarnten russischen Soldaten und Geheimagenten.

Der russische Dichter Nikolai Domowitow, der in den 1950er und 1960er Jahren im Donbass lebte, schrieb über den Donbass:

*Weder Ukraine noch Rus, [Ne Ukraina i ne Rus]
Ich fürchte Dich, Donbass, ich fürchte Dich. [bojus, Donbass, tebja bojus.]*

Domowitows Furcht hat sich als voraussehend erwiesen.

Wollte Moskau diese gefürchtete Region wirklich besetzen, als es in die Ostukraine einfiel? Will es das noch immer? Moskau hat den furchterregenden Geist des Donbass entfesselt und bereut das womöglich, denn die Donbass-Separatisten werden Moskaus autokratische Herrschaft morgen nicht mehr akzeptieren, wie auch immer ihre heutige Rhetorik lautet. Selbst Achmetow scheint sich abzusichern, indem er öffentlich weder Kiew noch die Separatisten unterstützt. Die Donbass-Bevölkerung als Ganzes wird Moskaus Herrschaft nicht akzeptieren. Das wird Kiew zugute kommen. Kann Kiew aber Köpfe und Herzen der Donbass-Bevölkerung gewinnen? Moskau kann sich zurückziehen und den Krieg beenden, wenn es das will. Der große Rest lastet dann auf Kiews Schultern.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Über den Autor:

Hiroaki Kuromiya, PhD (Princeton University 1985), ist derzeit Professor für Geschichte an der Indiana University, USA. Er hat viel über Russland und die Ukraine geschrieben, darunter *Freedom and Terror in the Donbas: A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s* (1998) und jüngst *Conscience on Trial: The Fate of Fourteen Pacifists in Stalin's Ukraine, 1952–1953* (2012).

Lesetipps:

- Hiroaki Kuromiya, *Freedom and Terror in the Donbas: A Ukrainian-Russian Borderland, 1870s–1990s*. New York, Cambridge: Cambridge University Press, 1998.
- Marta Studenna-Skruckwa, *Ukraiński Donbas. Oblicza tożsamości regionalnej*, Wydawnictwo Nauka i Innowacje, Poznań, 2014.
- Zimmer, Kerstin: »Die Stimme des Donbass«, in *Ukraine-Analysen* Nr. 133 (27.05.2014), <<http://www.laenderanalysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen133.pdf>>

Festnahme russischer Staatsbürger in Luhansk

Latest from OSCE Special Monitoring Mission (SMM) to Ukraine based on information received as of 19:30 (Kyiv time), 20 May 2015

(...) The SMM visited the two individuals currently held at the military hospital in Kyiv, who received medical treatment. The SMM spoke to the two individuals without the presence of Ukrainian authorities. The SMM assessed their general condition and gathered their accounts about their capture.

One of them said he had received military education in the Russian Federation. Both individuals claimed that they were members of a unit of the Armed Forces of the Russian Federation. They claimed that they were on a reconnaissance mission. They were armed but had no orders to attack. Both of them said that they came under fire, got injured and were captured on 16 May 2015 at the contact line near Shchastya. One of them said he had received orders from his military unit to go to Ukraine; he was to “rotate” after three months. Both of them said they had been to Ukraine “on missions” before. One of them stressed repeatedly that there were no Russian troops involved in fighting in Ukraine. Both said they were provided with a Ukrainian lawyer who visited them today. (...)

Quelle: <<http://www.osce.org/ukraine-smm/159296>>

Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation: Press release on the arrest of Russian citizens in Ukraine (19.05.2015)

The Ukrainian media reports, quoting the Security Service of Ukraine and the national Defence Ministry, that, on May 17, 2015, Ukrainian forces wounded and captured Russian citizens Alexander Alexandrov and Yevgeny Yerofeyev in the Lugansk Region. Ukrainian authorities claim they are Russian military personnel.

The Russian Defence Ministry has already noted that both men are not active members of the Russian Armed Forces.

The Russian Embassy in Kiev demanded that consular officers be allowed to meet with Russian citizens, now being held in custody, and to provide them with assistance as defined under international law.

Quelle: <http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/AAACE190D6DF638E43257E4B003CE67F>

SSU¹ gives strong evidence of participation of Russian regular officers in combat actions in Ukraine (22.05.2015)

The SSU officers have established and will provide international authorities with names and military ranks of GRU² task force soldiers, who executing criminal orders illegally and with arms crossed the Ukrainian state border and took part in terrorist and subversive acts against civilians and the Armed Forces of Ukraine.

During a briefing the Chief of the State Information Security Department Vitalii Naida and the Advisor to the SSU Head Markiiian Lubkivskiyi informed journalists regarding names and military ranks of the GRU task force officers, and gave updates on two detained Russian subversives.

The SSU officers clearly established that the captain Yerofeiev and sergeant Aleksandrov, detained on May 18, 2015 during the fighting, are active military men of the 3rd Guards Separate Warsaw–Berlin Red Banner Order of Suvorov 3rd degree Special Purpose Brigade of GRU of the General Staff of the RF³ Armed Forces. According to findings, the officers of this military unit, deployed in Toliatti, made four illegal rotations for commission of subversive tasks in Ukraine.

Vitalii Naida: ‘Criminal proceedings include all the documentary evidence on involvement of the GRU special task forces in shelling Ukrainian populated areas, and other crimes. The SSU will pass all the materials to the relevant international judicial authorities’.

Despite committed crimes, Russian servicemen were given medical and psychological aid, verified by representatives of the OSCE, Red Cross and other human rights organizations. In addition to that, Russian officers had opportunity to contact relatives, which proves that Ukraine and the Security Service stand for humane treatment of enemy prisoners of war.

1 Security Service of Ukraine, Inlandsgeheimdienst der Ukraine (ukrainisch Slushba bespeky Ukrainy, SBU) – Anm. d. Red.

2 Glavnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije, Hauptverwaltung für Aufklärung, militärischer Geheimdienst der Russischen Föderation – Anm. d. Red.

3 Russian Federation bzw. Russische Föderation – Anm. d. Red.

The SSU investigators instituted a criminal proceeding under Part 3 Article 258 of the Criminal Code of Ukraine. 'The trial against Russian task force officers will be at most transparent and the case will be brought to court. At present, they are detainees, and, as soon as doctors allow, full investigative actions will be conducted. However, the so called exchange of servicemen is not planned,' – Markiian Lubkivskyi said.

Quelle: <http://www.sbu.gov.ua/sbu/control/en/publish/article?art_id=143607&cat_id=35317>

Foltervorwürfe von Amnesty International und ukrainische Reaktion

Amnesty International: Overwhelming new evidence of prisoners being tortured and killed amid conflict (22.05.2015)

Overwhelming evidence of ongoing war crimes, including torture and summary killings of prisoners, serve as a stark reminder of the brutal practices being committed on a near-daily basis in eastern Ukraine's conflict, Amnesty International said in a comprehensive new briefing today.

Breaking Bodies: Torture and summary killings in eastern Ukraine provides compelling evidence of frequent and widespread prisoner abuse by a broad range of captors on both sides of the conflict.

Former prisoners described being beaten until their bones broke, tortured with electric shocks, kicked, stabbed, hung from the ceiling, deprived of sleep for days, threatened with death, denied urgent medical care and subjected to mock executions.

"In the shadow of eastern Ukraine's still-smouldering conflict, our on-the-ground research shows that accounts of detainee torture are as commonplace as they are shocking. More than 30 former prisoners held by both sides gave us consistent and harrowing accounts of their captors' abuse," said John Dalhuisen, Europe and Central Asia Programme Director at Amnesty International.

"Prisoners on both sides have been beaten and subjected to mock executions. We have also documented summary killings of those held by separatist groups. It is a war crime to torture or deliberately kill captives taken during conflict.

"Pro-Kyiv and separatist forces alike must put an end to these crimes and ensure that all fighters under their control are aware of the consequences under international law of abusing prisoners amid an armed conflict. The Ukrainian authorities must investigate all allegations of war crimes and other abuses, open files and collect evidence of abuses by separatist forces and bring to justice all those responsible for perpetrating such heinous acts."

Out of 33 former prisoners interviewed by Amnesty International, 32 described severe beatings or other serious abuse being meted out by separatist and pro-Kyiv groups alike. All of them were held captive at some point between July 2014 and April 2015, and the organization conducted most of the interviews in March, April and May of this year.

Amnesty International corroborated the victims' testimonies against additional evidence, including x-rays of broken bones, hospital records, photographs of bruises and other injuries, scars, and missing teeth. Two of the victims were still nursing their wounds in hospital at the time of their interviews.

A broad range of captors aligned with both sides in the conflict are allegedly carrying out this torture and ill-treatment. Of the former prisoners Amnesty International interviewed, 17 had been held by separatists and 16 by pro-Kyiv military and law enforcement officials, including the Security Service of Ukraine (SBU).

Amnesty International has also identified at least three recent incidents where separatist fighters summarily killed a total of at least eight pro-Kyiv fighters. This is based on eyewitness testimony, hospital records, evidence posted on social networks and media reports. In an interview with a journalist, one separatist armed group leader openly admitted to killing captive Ukrainian soldiers, a war crime.

Most of the worst abuses take place in informal places of detention. This typically occurs during the initial days of captivity, and groups outside the official or de facto chain of command tend to be especially violent and lawless.

The situation on the separatist side is particularly chaotic, with a variety of different groups holding captives in at least a dozen known locations.

On the pro-Kyiv side, a report by a former prisoner held by Right Sector, a nationalist militia, was especially disturbing. Using an abandoned youth camp as an ad hoc prison, Right Sector has reportedly held dozens of civilian prisoners as hostages, brutally torturing them and extorting large amounts of money from them and their families. Amnesty International has alerted the Ukrainian authorities to these specific allegations but has not received a response.

Amnesty International has found that both sides are arbitrarily holding civilians who have not committed any crime, but who sympathize with the opposing side. The organization spoke to civilians who were detained and beaten merely for having photographs from the EuroMaydan protests on their mobile phones, or for having telephone numbers of separatist contacts.

“In some cases, these civilians are detained as currency for prisoner exchanges, but it also may be simply to punish them for their views. This is a disturbing and illegal practice that must be stopped immediately,” said John Dalhuisen.

Amnesty International is calling on relevant UN agencies and experts to undertake an urgent mission to Ukraine to visit all detention sites for prisoners held in connection with the conflict—including unofficial places of detention. Those that should take part include the Subcommittee on Prevention of Torture and other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment, the Working Groups on arbitrary detention and enforced disappearances, and the Special Rapporteur on torture.

Quelle: <<https://www.amnesty.org/en/articles/news/2015/05/ukraine-new-evidence-prisoners-tortured-and-killed-amid-conflict/>>

SSU is opened to dialogue with international organizations regarding detained individuals conditions of staying on the territory of Ukraine (22.05.2015)

The Security Service of Ukraine is opened to dialogue with international organizations regarding detained individuals conditions of staying on the territory of Ukraine.

Taking into account Amnesty International report on the usage of tortures towards captives by the sides of the conflict in the east of Ukraine, which was promulgated today, the SSU proposes to conduct the meeting with the representatives of this organization.

It is important to underline, that there are any captives either in the SSU no in Ukraine¹. Today the SSU detains individuals, which are suspected in the offence against state security, commitment of actions, directed into the violent change or overthrowing of the constitutional system or seizure of state power, terrorist activity, and commitment of other offences. According to the court decision the SSU takes custody as a preventive measure for them.

The facts of detention, initiation of criminal proceedings, and their direction into court are constantly promulgated by the SSU on the official site, during briefings and interviews of the Service chairmanship.

Quelle: <http://www.sbu.gov.ua/sbu/control/en/publish/article?art_id=143705&cat_id=35317>

Aussetzung einiger Menschenrechte in der Ukraine

Verkhovna Rada adopts Resolution “On validation of Verkhovna Rada Statement “On departure from some obligations enshrined in the International Covenant on Civil and Political Rights, and Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms” (21.05.2015)

In particular, the Verkhovna Rada of Ukraine has ruled:

1. Approve the Statement of the Verkhovna Rada of Ukraine on departure from some obligations enshrined in Item 3, Article 2, Articles 9, 12, 14 and 17 of the International Covenant on Civil and Political Rights and Articles 5, 6, 8 and 13 Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms for the period until full termination of armed aggression of the Russian Federation.
2. Based on information provided by the Ministry of Justice of Ukraine, Security Service of Ukraine and other state bodies, the Foreign Affairs Ministry of Ukraine is urged to inform about the Statement mentioned in Item 1 of this Resolution and about the state of security in Donetsk and Luhansk regions; about change in territory Ukraine's departure from the said obligations is spread for.

Respective draft resolution was registered under No. 2765.

Quelle: <<http://portal.rada.gov.ua/en/news/News/110107.html>>

¹ Sic; sinngemäß soll der Satz wohl erklären, dass es weder beim SBU noch in der Ukraine Gefangene gibt – Anm. d. Red.

Der Ukraine-Konflikt in der Gemeinsamen Erklärung des Gipfels der Östlichen Partnerschaft und die Reaktion Russlands

Joint Declaration of the Eastern Partnership summit (Riga, 21–22 May 2015)

The Heads of State or Government and the representatives of the Republic of Armenia, the Republic of Azerbaijan, the Republic of Belarus, Georgia, the Republic of Moldova and Ukraine, the representatives of the European Union and the Heads of State or Government and representatives of its Member States have met in Riga on 21–22 May 2015. The President of the European Parliament and representatives of the Committee of the Regions, the European Economic and Social Committee, the European Investment Bank and the European Bank for Reconstruction and Development, the Conference of Regional and Local Authorities of the Eastern Partnership and the Euronest Parliamentary Assembly were also present at the Summit.

1. The participants of the Riga summit reconfirm the high importance they attach to the Eastern Partnership as a specific dimension of the European Neighbourhood Policy. They reaffirm their shared vision of this strategic and ambitious Partnership as one based on mutual interests and commitments and supporting sustained reform processes in the Eastern European partner countries, States participating in the Eastern Partnership. Summit participants recommit themselves to strengthen democracy, rule of law, human rights and fundamental freedoms, as well as the principles and norms of international law, which are and have been at the heart of this Partnership since it was launched as a common endeavour of the Member States of the European Union and their Eastern European partners. They recall that the Eastern Partnership is founded on shared ownership, responsibility, differentiation and mutual accountability. They underline the importance of the engagement of all society in turning this shared vision into reality.
2. In the framework of the European Neighbourhood Policy and the Eastern Partnership, the Summit participants reaffirm the sovereign right of each partner freely to choose the level of ambition and the goals to which it aspires in its relations with the European Union. It is for the EU and its sovereign partners to decide on how they want to proceed in their relations. The Summit participants underline that strengthening democracy and enabling functioning market economies, improving macroeconomic stability and the business environment, as well as enhancing interconnectivity, mobility and people-to-people contacts open new prospects for cooperation, contributing also to trade, growth and competitiveness. This serves the shared commitment to stability, security and prosperity of the European Union, Eastern European partners and our entire continent.
3. The acts against Ukraine and the events in Georgia since 2014 have shown that the fundamental principles of sovereignty and territorial integrity within internationally recognised borders cannot be taken for granted in the 21st century on the European continent. The EU remains committed in its support to the territorial integrity, independence and sovereignty of all its partners. Full adherence to all the principles and commitments enshrined in the 1975 Helsinki Final Act and 1990 Charter of Paris by all OSCE Participating States, as well as full respect for the principles and provisions of the UN Charter, is critical to our vision of a free, democratic, peaceful and undivided Europe. The participants of the Summit stress that the Eastern Partnership aims at building a common area of shared democracy, prosperity, stability and increased cooperation and is not directed against anyone. In this context, the Summit participants express their willingness to help rebuild trust and confidence on our continent.
4. The Summit participants strongly support all efforts aimed at de-escalation and a political solution based on respect for Ukraine's independence, sovereignty and territorial integrity. They call on all parties to swiftly and fully implement the Minsk Agreements of September 2014 and the package of measures for their implementation of February 2015, supported by the quadrilateral Declaration of Heads of State and Government, and endorsed by UNSC Resolution 2202 of 17 February 2015. They expect all parties to honour their commitments in this framework. They call for the urgent release of all hostages and unlawfully detained persons. They express their full support for the OSCE and its efforts through the Special Monitoring Mission and the Trilateral Contact Group. They will also continue to support all diplomatic efforts within the Normandy format and appreciate the contribution of Belarus in facilitating negotiations. The Summit participants call upon all parties to fully cooperate with the international investigations and criminal proceedings to hold to account those who are responsible for the downing of MH17. The EU reaffirms its positions taken in the Joint Statement made at the EU–Ukraine Summit on 27 April, including on the illegal annexation of Crimea and Sevastopol. The Summit participants reaffirm their positions in relation to 'UN General Assembly Resolution 68/262 on the territorial integrity of Ukraine'. (...)

Quelle: <<http://www.consilium.europa.eu/en/workarea/downloadAsset.aspx?id=40802196824>>

Comment by Information and Press Department on certain results of the Eastern Partnership summit in Riga (22.05.2015)

Russia's Foreign Ministry closely monitored the preparations for and the progress of the Eastern Partnership (EP) summit in Riga, Latvia. The Foreign Ministry will study the summit's results to determine if they comply with statements made by European Commission leaders to the effect that the EP is not spearheaded against Russia.

Despite the efforts of the countries that are aware of their responsibility for Europe's future, the EP summit in Riga has missed an opportunity to stop the growing divide in Europe because of some member countries' focus on their short-term considerations. The summit's final document has actually reaffirmed the provisions approved at the previous EP summit in Vilnius, Lithuania. European Partnership has remained an ideologically burdened geopolitical project whose implementation is negatively influenced by some EU member countries with an anti-Russian complex.

Once again, the EU has stammered out its badly substantiated stance on Crimea. Some leaders of the EU member countries and Brussels representatives need to learn to respect the free choice and free expression of the will of the people, which they praise so eagerly in other situations.

We also noticed the attempts to blame Moscow for the Eastern Partnership's problems and for the differing attitudes to this project in some countries, including the EU member countries. This latest summit sang the same old song.

Russia does not place in doubt the right of all countries to strengthen ties with their partners, including with the European Union. However, this should be done on an equal basis, without misapplying some countries' striving for reform and modernisation, but by respecting historical ties and the entire structure of relations with neighbours.

Being an inalienable part of the European civilisation, Russia believes that any country's belonging to the European matrix must not depend on other countries' decisions or recognition. The strengthening of the European matrix is an ongoing process aimed at bringing all Europeans, from Lisbon to Vladivostok, closer together, rather than at dividing them by forcing them to take sides.

We reaffirm our willingness to engage in constructive cooperation with the European Union, with the countries of the Eurasian Economic Union and the Commonwealth of Independent States in building a single economic and cultural space from the Atlantic to the Pacific, based on cooperative and indivisible security for all.

Quelle: <http://www.mid.ru/brp_4.nsf/0/43F51605BF202CCA43257E51002AEA50>

Das neue Hochschulgesetz – Ist das ukrainische Hochschulsystem im Aufbruch?

Von Eduard Klein, Berlin / Regensburg

Zusammenfassung:

Das ukrainische Hochschulsystem befindet sich nach einer mehrjährigen Stagnationsphase im Aufbruch. Der durch den Maidan initiierte gesellschaftspolitische Umbruch hat auch die Hochschulen erfasst: Ein neues progressives und europäisch ausgerichtetes Hochschulgesetz (HG) wurde verabschiedet, das einen Bruch mit dem bisherigen (post-)sowjetischen Hochschulgovernancemodell darstellt. Der folgende Artikel beleuchtet die zentralen Neuerungen und liefert eine kritische Bestandsaufnahme der Reformbemühungen.

Einleitung: Langjähriger Zwist um die Ausrichtung der Hochschulpolitik

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 hat sich das ukrainische Hochschulsystem im Grunde nur unwesentlich verändert. Zwar fand eine Entideologisierung, Internationalisierung und vor allem auch Privatisierung statt, die sowjetischen Governance-Strukturen blieben jedoch weitgehend unangetastet. Das Hochschulsystem war weiterhin hochgradig zentralisiert und alle Institutionen unterstanden einer allumfassenden Kontrolle des Bildungsministeriums. Universitäten durften weder das Studienplatzangebot noch Lehrinhalte bestimmen oder eigene Diplome ausstellen; ebenso fehlte ihnen die Befugnis, ausländische Abschlüsse anzuerkennen oder ihre finanziellen Mittel selbst zu verwalten. Die fehlende Hochschulautonomie galt vielen Experten als größtes Modernisierungshindernis für das ukrainische Hochschulsystem.

Im Zuge der Reformierung des Hochschulzugangs kamen ab 2008/09 erste Vorschläge zur Reformierung des 2002 verabschiedeten Hochschulgesetzes auf, die allerdings vor allem von vielen Studierenden abgelehnt wurden. Infolge dieser heftigen Kritik am konservativen Entwurf des umstrittenen Bildungsministers Dmytro Tabatschnyk entstanden zwei alternative Entwürfe, einer aus den Reihen der Opposition und einer aus der Regierungspartei; beide wurden Ende 2011 dem Parlament vorgelegt. Da von vornherein absehbar war, dass keiner der Entwürfe eine realistische Chance hatte, verabschiedet zu werden, wurde Anfang 2012 eine offene Arbeitsgruppe gegründet, um einen einvernehmlichen Entwurf zu erarbeiten. Die Leitung der Gruppe oblag Mychajlo Sgurowsky, dem Rektor des renommierten Kiewer Polytechnischen Instituts. Die Expertengruppe, der u. a. zahlreiche Hochschulvertreter, NGOs, Studierende und unabhängige Experten angehörten, berücksichtigte mehr als 6.000 eingereichte Vorschläge und – einmalig für den politischen Prozess in der Ukraine – entschied im Konsensverfahren über den Entwurf. Durch ein politisches Manöver

gelang es dem Ministerium allerdings, die Entscheidung über das Gesetz vorerst zu vertagen.

Nach den Parlamentswahlen im Oktober 2012 wurden schließlich drei Gesetzesvorlagen eingereicht. Neben dem progressiven Sgurowskyj-Entwurf brachte die Partei der Regionen eine praktisch unveränderte konservative Ministeriumsversion ein und die Opposition einen radikal-westlichen Entwurf. Praktisch war man also keinen Schritt weitergekommen und eine politische Lösung dieser Pattsituation schien nicht möglich. Zu unterschiedlich waren die Positionen und zu unversöhnlich standen sich die Parteien in der sehr emotional geführten Debatte gegenüber. Erst mit dem politischen Umbruch durch den Euromaidan sollte sich eine Veränderung abzeichnen.

Neue reformbereite Führungsebene

Im Zuge der Euromaidan-Proteste besetzten ukrainische Studierende im Februar 2014 auch das Bildungsministerium. Sie setzten durch, dass Bildungsminister Tabatschnyk und sein Stellvertreter Ewhen Sulima abgesetzt wurden. Serhyj Kwit, Rektor der progressiven Kiewer Mohyla-Akademie wurde neuer Bildungsminister und ernannte Inna Sowsun zu seiner Stellvertreterin. Beide absolvierten einen Teil ihrer Ausbildung im Westen und gelten als Vertreter einer reformorientierten Bildungspolitik. Sie leiteten ein hunderttägiges Sofortprogramm ein, dessen Prioritäten auf der Verabschiedung der Hochschulreform sowie dem Kampf gegen die grassierende Korruption im Bildungswesen lagen.

Auch das Kollegium des Bildungsministeriums, das über die strategische Ausrichtung der Bildungspolitik entscheidet, wurde mit neuen reformorientierten Akteuren besetzt, um den Reformkurs des Tandems Kwit / Sowsun zu unterstützen und den Aufbruch im Hochschulsystem zu untermauern. Bereits im März 2014 wurde der erste Hochschulrektor aufgrund von Korruptionsvorwürfen entlassen. Auch Iryna Saizewa, die Tabatschnyk loyal ergebene Leiterin des Ukrainischen Zentrums zur Evaluation für Bildungsqualität (UCEQA), das für die

Durchführung des Zentralabiturs und der Hochschulzulassung verantwortlich ist, wurde aufgrund von Amtsmissbrauch entlassen und durch den als integer geltenden Ihor Likartschuk ersetzt. Dies galt als Signal, dass die neue Führung es mit ihrem Reformprogramm ernst meinte.

Im April 2014 wurde schließlich der Sgurowsky-Entwurf dem infolge des Euromaidans deutlich reformorientierteren Parlament vorgelegt und zur zweiten Lesung verabschiedet, die Mitte Mai stattfand. Als sich Anfang Juni eine weitere Verzögerung abzeichnete und bereits vermutet wurde, dass das Gesetz erst nach der Sommerpause und somit nach den vorgezogenen Parlamentswahlen zur dritten und letzten Lesung eingereicht werden könnte, gab es erneute Studierendenproteste und Druck seitens der Zivilgesellschaft. Schließlich verabschiedete das Parlament am 1. Juli mit einer klaren Mehrheit von 276 (von 337) Stimmen das neue Hochschulgesetz, welches Präsident Poroschenko am 31. Juli unterzeichnete. Es trat rechtzeitig zum Semesterbeginn im September 2014 in Kraft. Der jahrelange Konflikt, der sich zunehmend lähmend auf die Entwicklung des Hochschulsystems ausgewirkt hatte, war endlich überwunden.

Rahmenbedingungen des neuen Hochschulgesetzes

Das neue Gesetz, das zu weiten Teilen auf dem zivilgesellschaftlichen Konsensentwurf der Expertengruppe beruht, stellt eine Zäsur dar und eine Abkehr vom sowjetisch geprägten ukrainischen Hochschulsystem. Nach der Unterschrift des Präsidenten sagte Bildungsminister Kwit auf einer Pressekonferenz: »Das Gesetz besitzt eine Signalwirkung für die Entwicklung der Hochschulbildung und der Wissenschaft der Ukraine. Es ist ein Reformgesetz. Daran hat drei Jahre lang faktisch die gesamte Bildungscommunity gearbeitet.«

Das neue Hochschulgesetz bringt das ukrainische Hochschulsystem näher an europäische und internationale Standards. Die wichtigsten Änderungen sind eine Entbürokratisierung und eine deutlich größere Hochschulautonomie: So werden die Rektoren nicht mehr vom Ministerium ernannt, sondern von den Hochschulen selbst gewählt. Zudem wurde die finanzielle Autonomie der Hochschulen gestärkt; sie verwalten ihre Budgets jetzt selbst. Die führenden Hochschulen sollen zudem eine bessere Finanzierung erhalten.

Es werden auch deutlich größere Freiheiten in der Lehre gewährt; die Hochschulen können nun eigenständig Curricula entwickeln und die Studierenden können etwa ein Viertel des Unterrichts frei wählen. Die studentische Selbstverwaltung wird durch mehr Kontroll- und Einflussmöglichkeiten deutlich gestärkt. Um

die Internationalisierung voranzutreiben, soll nicht nur verstärkt auf Englisch unterrichtet werden, sondern vor allem auch die Nostrifizierung, also die Anerkennung von internationalen Abschlüssen, vereinfacht und in den Verantwortungsbereich der Universitäten übergeben werden – bisher war es kaum möglich, selbst internationales Spitzenpersonal einzustellen. Eine weitere Gesetzesneuerung sieht vor, die Arbeitsbelastung des Hochschulpersonals, die gegenwärtig zu den höchsten in Europa zählt, ab dem kommenden Wintersemester auf maximal 600 (statt bisher 900) Stunden pro Jahr zu reduzieren. Der Umfang der Semesterwochenstunden für Studierende soll ebenfalls gesenkt werden, von 36 auf 30 Stunden. Von 2016 an wird zudem ein neues, komplett elektronisches Zulassungsverfahren eingeführt, um Korruption bei der Studienplatzvergabe einen weiteren Riegel vorzuschieben.

Qualitätssicherung durch Vorgehen gegen wissenschaftliches Fehlverhalten

Besonderes Augenmerk wurde darauf gerichtet, die Bildungsqualität zu verbessern. Im Gesetz wurde die Gründung einer neuen und unabhängigen Agentur zur Qualitätskontrolle, Lizenzierung und Akkreditierung beschlossen. Sie ersetzt die Arbeit des bisherigen Akkreditierungskomitees, das regelmäßig Korruptionsvorwürfen ausgesetzt war. Mehrere Dutzend Mitarbeiter des Bildungsministeriums wurden aufgrund von Korruptions- und Misswirtschaftsvorwürfen in den letzten Monaten entlassen oder kündigten ihre Posten.

Plagiate stellen ein großes Problem im ukrainischen Hochschul- und Wissenschaftsbetrieb dar. Das Ministerium geht nun gezielt dagegen vor und hat innerhalb der neuen unabhängigen Agentur für Qualitätskontrolle ein eigenes Ethikkomitee zur systematischen Bekämpfung von Plagiaten eingerichtet. Das neue Hochschulgesetz führte zudem explizite Sanktionen gegen Plagiarismus ein. Wird in einer Dissertation ein Plagiat nachgewiesen, wird nicht nur der Titel aberkannt, sondern es verlieren auch die betreuenden Gutachter für zwei Jahre ihr Betreuungsrecht. Zudem wird der betreffenden Hochschule für ein Jahr das Recht verwehrt, weitere Dokortitel zu verleihen. Im Oktober 2014 wurden drei Personen, die in ihren Doktorarbeiten nachweislich plagiirt hatten, die Titel entzogen. Nachdem in den letzten Jahren zahlreichen Personen des öffentlichen Lebens Plagiate nachgewiesen worden waren, ohne dass dies Konsequenzen nach sich zog, scheint sich hier nun etwas zu ändern.

Im Rahmen der Antikorruptionsaktivitäten des Ministeriums wurde ein Institut mit etwa 600 Mitarbeitern aufgelöst, das für die zentrale Anschaffung von Lehrbüchern zuständig war und in den intransparenten

Vergabeverfahren regelmäßig und in großem Umfang staatliche Gelder veruntreut hatte. Außerdem wurde die »Kiewer Universität für Kultur« nach Betrugsvorwürfen geschlossen. Die private Hochschule kassierte Studiengebühren, ohne Studieninhalte anzubieten – die etwa 3.000 Studierenden der Hochschule besuchten stattdessen Kurse an anderen Universitäten. Mehrere, vor allem private Hochschulen, die die neuen Qualitätsstandards nicht einhielten, wurden bereits geschlossen.

Herausforderungen, Chancen und Ausblick

Das neue Gesetz bietet prinzipiell gute Rahmenbedingungen für die dringend notwendige Modernisierung und Entwicklung des ukrainischen Hochschulsektors. Die Umsetzung der angestrebten Reformen gestaltet sich jedoch schwierig, nicht zuletzt aufgrund der starren Strukturen sowie der Widerstände vor allem in Teilen der älteren, sowjetisch geprägten akademischen Community. Forderungen nach mehr Transparenz stoßen zudem nicht überall auf Wohlwollen, da sie die an vielen Hochschulen signifikanten informellen Einkünfte erschwert. Daher wird zuweilen mit publizistischen Hetzkampagnen gegen die Reformvorhaben vorgegangen.

Dazu kommen weitere Faktoren, die die Umsetzung der Reformen erschweren. Während einige Universitäten von ihren neuen akademischen Freiheiten Gebrauch machen, gibt es viele Hochschulen, die sich über Jahrzehnte an die Allmacht und Kontrolle des Ministeriums gewöhnt haben und nur schwerlich mit der neuen Autonomie umzugehen wissen. Sie wenden sich weiterhin bei jeder Entscheidung an das Ministerium, z. B. wenn es darum geht, ausländische Diplome anzuerkennen.

Einige Reformen erweisen sich bisher auch als Papiertiger. Zum Beispiel sollte die Zahl der Hochschulen ob des aufgeblähten Hochschulsystems deutlich gesenkt werden und der Bildungsminister gab auch bereits bekannt, dass die Zahl der Hochschulen im letzten Jahr in etwa halbiert worden sei. Allerdings fand diese Schrumpfkur nur auf dem Papier statt: Die »verschwundenen« Hochschulen wurden lediglich von der III. und IV. Akkreditierungsstufe der Hochschulen und Universitäten in die I. und II. Akkreditierungsstufe der »Institute« übertragen.

Als nächstes will das Ministerium das Wissenschaftssystem reformieren. Hochschulen und Forschung sind noch aus der Sowjetzeit kommend zwei voneinander weitgehend getrennte Bereiche: An den Universitäten werden Studierende ausgebildet, während die Forschung den Akademien der Wissenschaften vorbehalten ist. Zukünftig sollen beide Bereiche integriert werden und Hochschulen und Akademien z. B. gemeinsame Master- und Doktorandenprogramme anbieten.

Zudem sollen die Akademien einer umfangreichen Prüfung unterzogen und international wettbewerbsfähiger gemacht werden. Letzteres dürfte sich jedoch ohne einen radikalen personellen Schnitt schwierig gestalten, ist der überwiegende Anteil der Akademiemitglieder doch überaltert und vor allem am Erhalt des Status quo interessiert. Erst vor wenigen Wochen wurde Boris Paton als Leiter der Akademie im Amt bestätigt – er ist inzwischen 96 Jahre alt und leitet die Institution bereits seit 1962. Mit ihm und den anderen Mitgliedern, von denen viele jenseits der 70 sind, sind tiefgreifende Reformen nur schwer vorstellbar, zumal angesichts der derzeit angespannten finanziellen Situation kaum große Reformvorhaben möglich sind.

Hinzu kommt, dass die Reformbemühungen des Ministeriums durch den Konflikt in der Ostukraine konterkariert werden. Zum einen beansprucht der Konflikt dringend benötigte Ressourcen sowohl finanzieller als auch personeller Art. Durch die Annexion der Krim verlor die Ukraine im letzten Jahr außerdem einige bedeutende Forschungseinrichtungen. Auch die Kampfhandlungen in der Ostukraine hatten schwerwiegende Folgen: Mehrere Universitäten wurden von den Separatisten gewaltsam besetzt und mussten umgesiedelt werden. So befindet sich die Nationale Universität Donezk nun in Wynnizja im Westen der Ukraine; zwei Kunsthochschulen sind inzwischen in Kiew ansässig, während die Mehrzahl der betroffenen Hochschulen in benachbarte Städte der Region verlegt wurde, die unter ukrainischer Kontrolle sind, wie z. B. Charkiw, Mariupol, Kramatorsk oder Krasnoarmejsk. Unter dem Konflikt leidet zusehends die akademische Zusammenarbeit mit Russland: Zum Beispiel wird das von der Volkswagen-Stiftung ausgeschriebene Förderprojekt »Trilaterale deutsch-ukrainisch-russische Partnerschaften« vom ukrainischen Bildungsministerium mit dem Hinweis boykottiert, man arbeite nicht mit einem Staat zusammen, der Teile der Ukraine okkupiere. Trotz dieser und weiterer Probleme eröffnen sich der Ukraine auch Chancen, vor allem in der Annäherung an Europa. So wurde die Ukraine inzwischen an das 80 Milliarden Euro schwere EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation »Horizont 2020« assoziiert. Dadurch ist das Land neben dem Austausch auf Studierendenebene (im Rahmen des Bologna-Prozesses) nun auch stärker in die europäische Forschungslandschaft eingebunden und hat Zugang zu einer Reihe dringend benötigter Finanzierungsquellen. Mit einzelnen EU-Ländern wurde die Kooperation zudem auf der bilateralen Ebene gestärkt. So hat Polen eigens ein Stipendienprogramm für ukrainische Studierende eingerichtet, und auch von Deutschland gibt es Bemühungen, die Zusammenarbeit zu stärken.

Fazit

Nach der jahrelangen lähmenden Auseinandersetzung um die zukünftige Ausrichtung des ukrainischen Hochschulwesens wurde infolge des Euromaidans ein »europäischer« Weg eingeleitet und mit dem sowjetischen System der Hochschulgovernance gebrochen. Die neuen reformorientierten Kräfte konnten 2014 in einem »window of opportunity« ein neues Hochschulgesetz durchsetzen, das eine gute Ausgangsbasis für die dringend benötigte Modernisierung des verkrusteten Hochschulsystems bietet. Nun hängt es vor allem von den Reformern ab, ob sie die vielen guten Ideen gegen

Widerstände in der akademischen Community durchsetzen können. Der Konflikt in der Ostukraine ist dabei Herausforderung und Chance zugleich: Den politischen Entscheidungsträgern ist dadurch noch stärker bewusst geworden, dass ohne eine substanzielle Verbesserung der Bildungsqualität eine Modernisierung und wirtschaftliche Stabilisierung des Landes kaum möglich ist. Die Chance für einen Wandel hin zu einem modernen und effizienten Hochschulsystem stand trotz der derzeitigen wirtschaftlich und politisch schwierigen Situation vielleicht noch nie besser als heute.

Über den Autor:

Eduard Klein ist Doktorand an der Forschungsstelle Osteuropa Bremen und setzt sich in seiner Promotion mit Anti-korruptionsmaßnahmen im russischen und ukrainischen Hochschulsektor auseinander. Daneben arbeitet er am Bayerischen Hochschulzentrum für Mittel-, Ost- und Südosteuropa, wo er für den akademischen Austausch mit Russland und der Ukraine zuständig ist.

Lesetipps:

- Inna Sovsun: Die Reform der Hochschulgesetzgebung in der Ukraine: Stand der Diskussion und Hauptthemen, Ukraine-Analysen 126, <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/pdf/UkraineAnalysen126.pdf>> 28.01.2014
- Sonja Knutson, Valentyna Kushnarenko: Ukraine: The New Reforms and Internationalization, International Higher Education 79, Winter 2015.

UMFRAGE

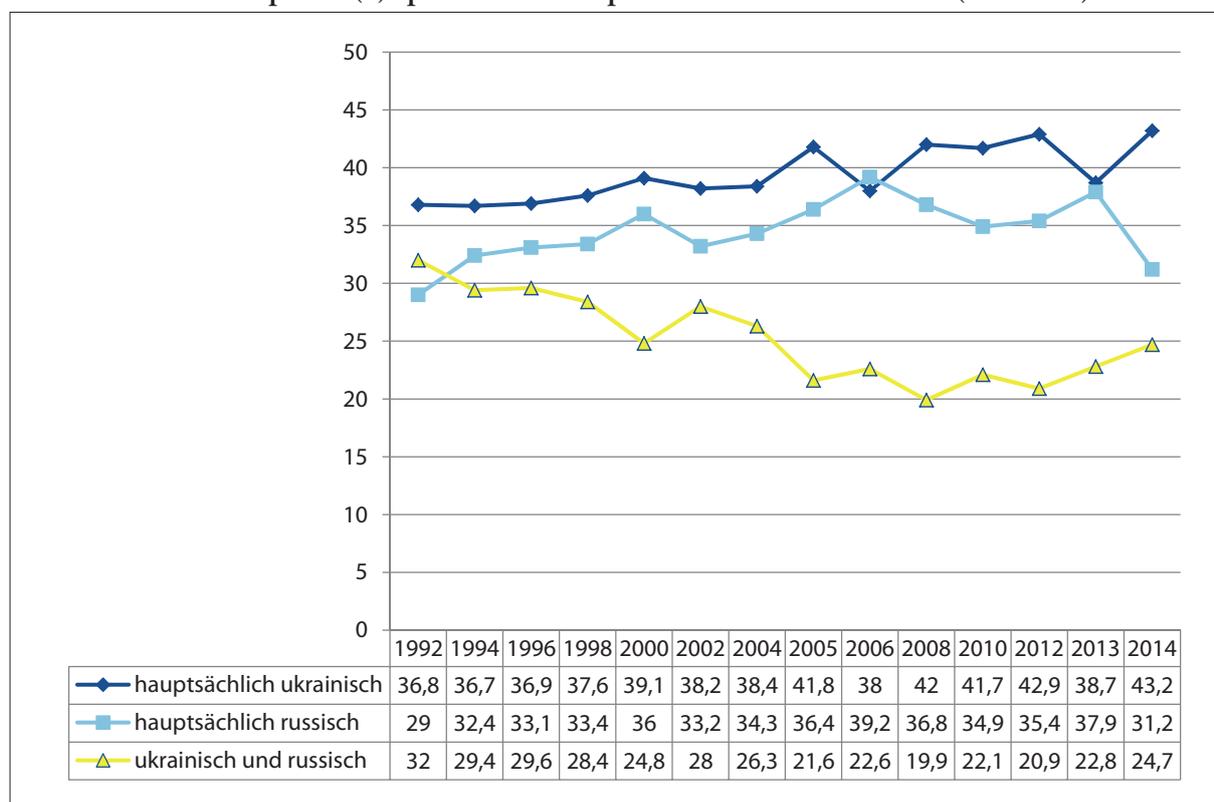
Die Meinung der Ukrainer zur Sprachenfrage

Am 26. Mai 2015 beglückwünschte Präsident Petro Poroschenko die Teilnehmer und Gewinner des XV. Internationalen Petro-Jazyk-Wettbewerbs der Ukrainischen Sprache und sagte:

»In der Ukraine gab es, gibt es und wird es immer nur eine Amtssprache geben – das Ukrainische. Die Revolution der Würde und der Kampf gegen die Aggression haben gezeigt, welchen Preis wir für den Wortschwall zahlen müssen, mit dem man den ukrainischen Staat und die Nation von dieser Entscheidung abbringen wollte. Ich sage das mit Nachdruck, denn der soziale Konsens zur Sprachenfrage ist immer bemerkenswert stabil gewesen«. (<<http://president.gov.ua/news/32931.html>>, inoffizielle Übersetzung)

Die Ukraine-Analysen haben diese Aussage zum Anlass genommen, um die Meinung der Ukrainer über die Sprachenfrage sowohl rückblickend als auch aktuell nach Regionen gliedert wiederzugeben.

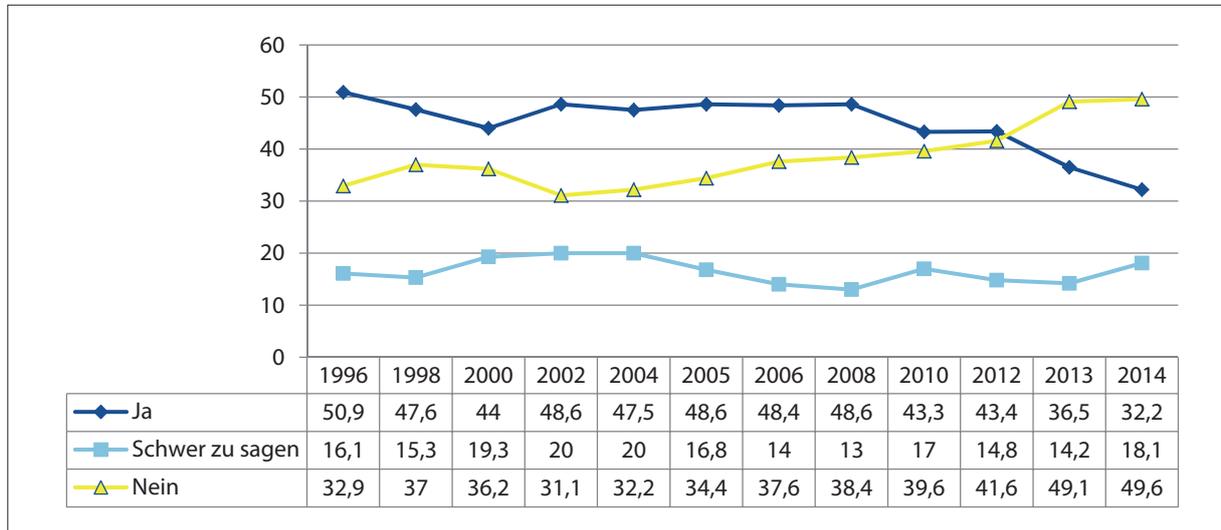
Grafik 1: Welche Sprache(n) sprechen Sie hauptsächlich in Ihrer Familie (zu Hause)?



Anmerkung: Die Antworten »andere« und »Keine Antwort« sind hier nicht angegeben.

Quelle: Repräsentative Umfragen des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ergebnisse der nationalen Umfragen 1992–2014 // Ukrainische Gesellschaft: Monitoring des sozialen Wandels«, S. 65.

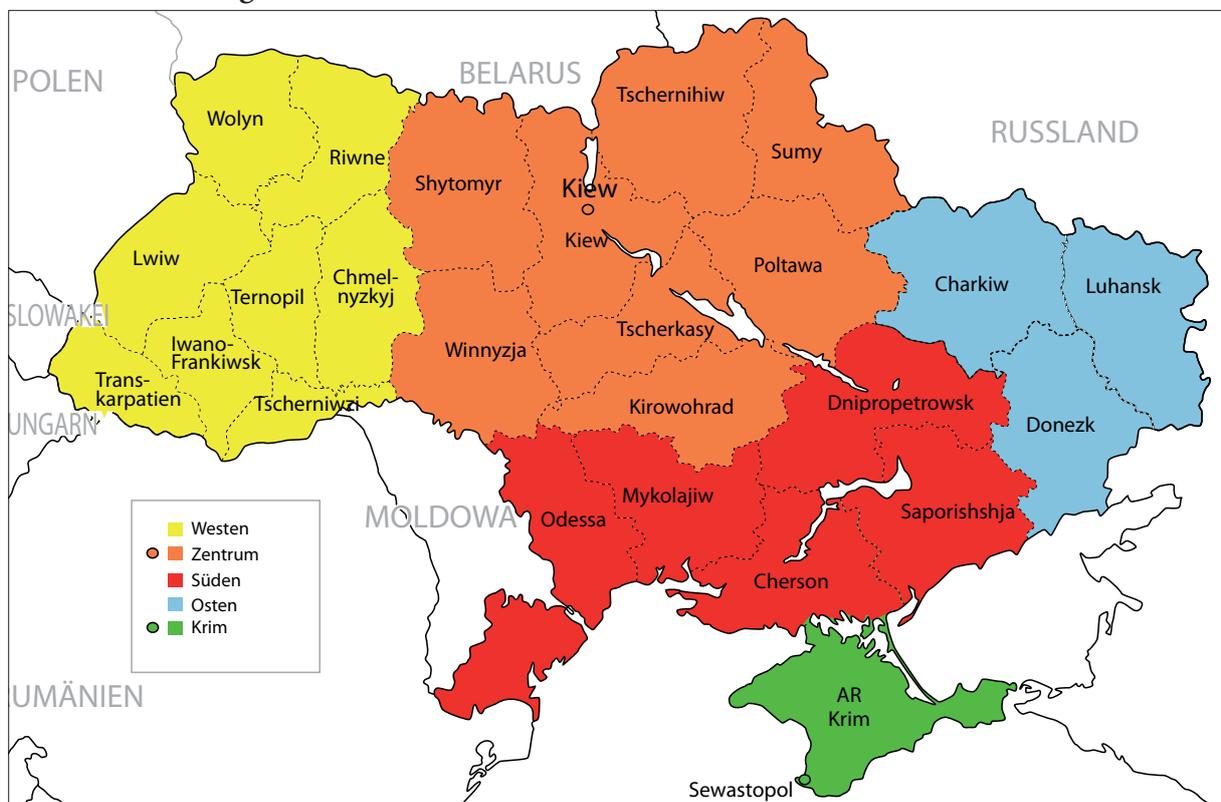
Grafik 2: Halten Sie es für notwendig, der russischen Sprache einen offiziellen Status in der Ukraine zu verleihen?



Anmerkung: »Keine Antwort« ist hier nicht angegeben.

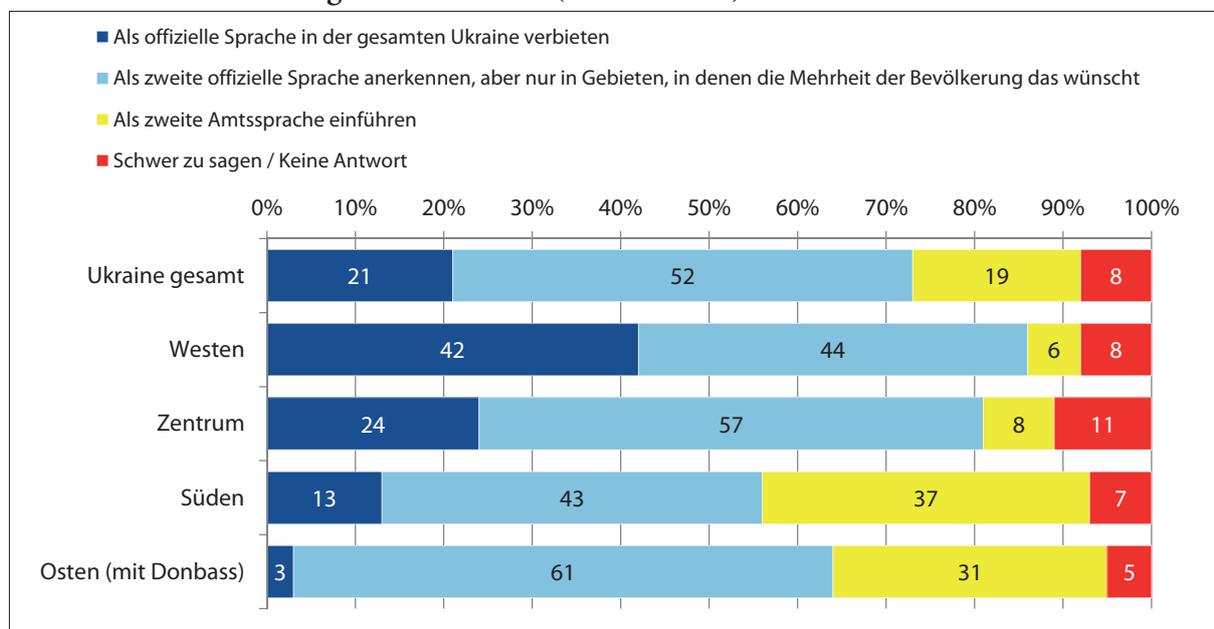
Quelle: Repräsentative Umfragen des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine, »Ergebnisse der nationalen Umfragen 1992–2014 // Ukrainische Gesellschaft: Monitoring des sozialen Wandels«, S. 65.

Grafik 3: Die Regionen der Ukraine (siehe Grafiken 4 und 5)



Karte: <<http://english.freemap.jp/>>, angepasst durch die Redaktion der Ukraine-Analysen

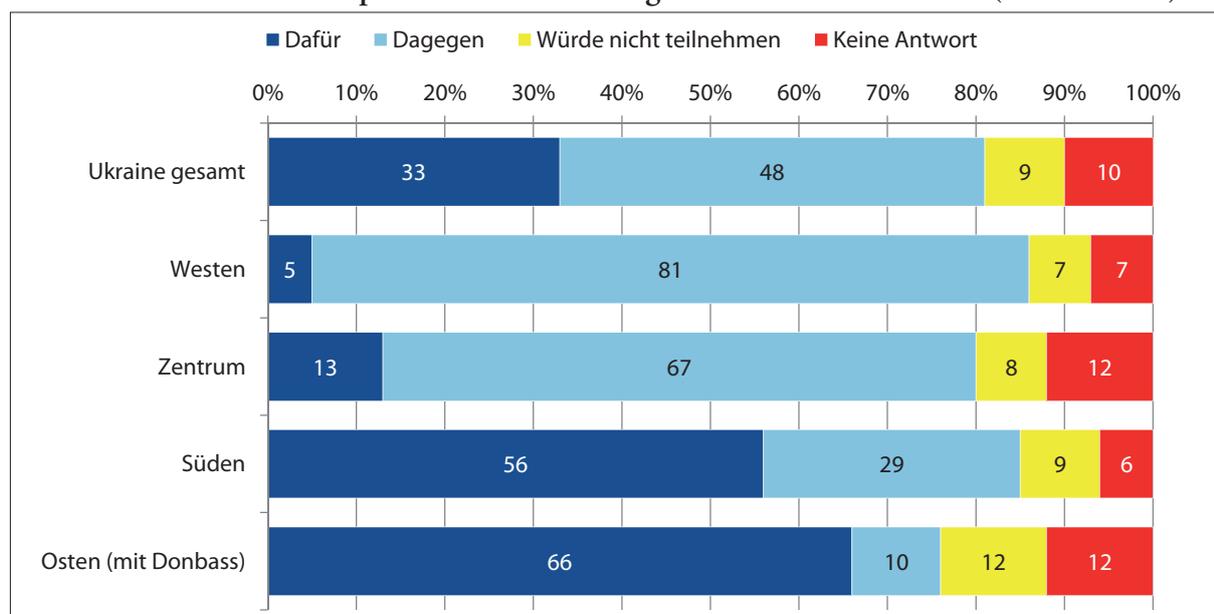
Grafik 4: Wie soll sich die staatliche Politik gegenüber der russischen Sprache in der Ukraine Ihrer Meinung nach verhalten? (Februar 2015)



Anmerkung: Daten ohne Krim, aber mit Donbass (sowohl von der ukrainischen Regierung kontrollierte als auch nicht von ihr kontrollierte Gebiete); zur Aufteilung der Regionen siehe Grafik 3 auf S. 16. Insgesamt wurden 2013 Menschen befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 14. bis zum 24. Februar 2015, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=517&page=1>>

Grafik 5: Stellen Sie sich vor, dass es eine Volksabstimmung über die Einführung des Russischen als zweite Amtssprache in der Ukraine gäbe. Wie stimmen Sie ab? (Februar 2015)



Anmerkung: Daten ohne Krim, aber mit Donbass (sowohl von der ukrainischen Regierung kontrollierte als auch nicht von ihr kontrollierte Gebiete); zur Aufteilung der Regionen siehe Grafik 3 auf S. 16. Insgesamt wurden 2013 Menschen befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Kiewer internationalen Instituts für Soziologie (KMIS) vom 14. bis zum 24. Februar 2015, <<http://kiis.com.ua/?lang=ukr&cat=reports&id=517&page=1>>

11. – 24. Mai 2015

11.05.2015	Norwegen unterstützt die Versorgung von Flüchtlingen aus dem Donbass mit fünf Millionen Euro.
11.05.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt, die Ukraine solle ihre Waffenproduktion für den Export erhöhen. Ein strategisches Ziel sei es, den staatlichen Rüstungskonzern Ukroboronprom unter den fünf größten der Welt zu etablieren.
11.05.2015	Der Anwalt des in Russland inhaftierten ukrainischen Regisseurs Oleh Senzow, Dmytro Dynse, erklärt, Senzow sei in den ersten Monaten seiner Untersuchungshaft geschlagen und gefoltert worden. Ihm wird die Vorbereitung terroristischer Anschläge auf der Krim vorgeworfen.
12.05.2015	Denis Puschilin, der zurzeit den Posten des »Vizeparlamentssprechers« der »Volksrepublik Donezk« bekleidet, betont die grundsätzliche Bereitschaft der Separatisten, die abtrünnige Region wieder in die Ukraine zu integrieren – unter der Voraussetzung einer umfassenden Selbstbestimmung. Die Verfassung solle jeder Region der Ukraine die Möglichkeit weitestgehender Autonomie zusprechen. Sollte Kiew weiterhin die Minsker Vereinbarungen nicht einhalten, werde man jedoch vollkommene Unabhängigkeit anstreben.
12.05.2015	Der angekündigte Bericht des im Februar 2015 ermordeten russischen Oppositionspolitikers Boris Nemzow mit dem Titel »Putin – Krieg« erscheint. Unter anderem beschuldigt Nemzow Russland darin, für den Krieg in der Ostukraine 53 Milliarden Rubel (nach aktuellem Wechselkurs etwa eine Milliarde Euro) ausgegeben zu haben, unter anderem für den Unterhalt von etwa 6.000 Freiwilligen der russischen Armee und etwa 30.000 lokalen Kämpfern.
12.05.2015	Das Parlament stimmt in erster Lesung für ein Gesetzesprojekt, das es Ausländern erlauben soll, für die ukrainische Armee zu kämpfen, ohne die ukrainische Staatsbürgerschaft anzunehmen. Das Gesetz war vom Armeeingehörigen und Journalisten Dmytro Tymtschuk eingebracht worden. Er hatte zuvor erklärt, dass in Freiwilligenverbänden bereits Ausländer auf der Seite der ukrainischen Armee kämpfen würden, deren Einsatz durch das Gesetz legalisiert würde.
12.05.2015	Das Parlament regelt per Gesetz das Kriegsrecht neu. Wenn dieses ausgerufen wird, hat die militärische Verwaltung weitgehende Befugnisse, die Bürgerrechte einzuschränken. Unter anderem können Personen enteignet, die Tätigkeit politischer Parteien verboten und eine Arbeitspflicht angeordnet werden. Präsident Petro Poroschenko erklärt, das Kriegsrecht sei nur für den Fall einer umfassenden Offensive einer fremden Armee gegen die Ukraine vorgesehen. Es kann vom Präsidenten ausgerufen werden und muss, um in Kraft zu treten, vom Parlament bestätigt werden.
12.05.2015	Das Parlament verabschiedet eine Verfügung, durch die Bildungsprogramme mit »patriotischem« Bezug staatliche finanzielle Unterstützung erhalten sollen. Dazu zählen Informationskampagnen zur »bewaffneten Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine [und] die Besetzung der Krim«. Das Parlament empfiehlt außerdem Kampagnen zu »Heldentaten« der Kräfte der »Anti-Terror-Operation«.
13.05.2015	Der stellvertretende Leiter der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, erklärt, weder die ukrainische Armee noch die Separatisten hätten die schweren Waffen den Minsker Vereinbarungen gemäß vollständig abgezogen. Dies folgere die Organisation aus der Tatsache, dass bei Inspektionen von Unterbringungsorten oftmals nicht die vereinbarte Anzahl schwerer Waffen vorgefunden werde.
13.05.2015	Der stellvertretende Innenminister Serhyj Tschebotar reicht ein Rücktrittsgesuch ein. Er erklärt den Schritt mit einer gegen ihn gerichteten Medienkampagne, die seinen Ruf und den des Innenministeriums beschädigt habe. Er habe sich nichts vorzuwerfen. Gegen Tschebotar waren im Jahr 2014 Korruptionsvorwürfe laut geworden. Vor seinem Haus war Ende April 2015 ein Kamerateam des Senders ZIK attackiert worden – den Journalisten zufolge von Tschebotars Schwiegersohn und dessen Geschäftspartner. Im Parlament war zuvor aufgrund der Anschuldigungen gegen Tschebotar ein Verfahren zur Amtsenthebung des Innenministers Arsen Awakow registriert worden.
14.05.2015	Der Leiter der Antikorruptionsabteilung der Generalstaatsanwaltschaft erklärt, gegen die »Delta-Bank« laufe ein Ermittlungsverfahren. Die Nationalbank hatte die Delta-Bank im März 2015 für zahlungsunfähig erklärt.
14.05.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es Wohnungseigentümern in Mehrfamilienhäusern erleichtern soll, den gemeinsamen Wohnraum effektiver und ohne die Einmischung von Wohnungsämtern zu verwalten.
14.05.2015	Die Pressestelle des Präsidenten Petro Poroschenko vermeldet, dass eine EU-Mission zur Einschätzung der Lage im Donbass ihre Arbeit am heutigen Tag aufnehme. Poroschenko hatte zuvor den EU-Ratspräsidenten Donald Tusk in Aachen getroffen, um die Arbeit der Mission zu koordinieren und weitere Schritte zur Deeskalation der Situation im Donbass zu planen.
15.05.2014	Ein Gericht in Simferopol auf der von Russland annektierten Krim verurteilt Oleksandr Kostenko, einen ehemaligen Aktivist des Euromaidan, zu vier Jahren und zwei Monaten Haft und einer Geldstrafe von 80.000 russischen Rubeln (ca. 1450 Euro). Er habe im Februar 2014 einen Angehörigen der mittlerweile aufgelösten ukrainischen Spezialeinheit Berkut mit einem Stein verletzt. Der Polizist hatte einer auf der Krim stationierten Einheit angehört.
15.05.2014	Die Polizei im ukrainisch kontrollierten Teil des Gebietes Donezk nimmt vier Soldaten der ukrainischen Armee fest. Sie werden verdächtigt, für zwei Morde an Zivilpersonen verantwortlich zu sein, die sich Ende April und Anfang Mai 2015 ereignet hatten.

15.05.2014	Präsident Petro Poroschenko unterzeichnet eine Reihe von Gesetzen, die unter anderem die Symbolik kommunistischer und faschistischer Organisationen verbieten, darunter auch die Symbolik der UdSSR. Außerdem werden die Archive der sowjetischen Geheimdienste der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die umstrittene Ukrainische Aufständische Armee, die im Zweiten Weltkrieg aktiv war, erhält den Status »Kämpfer für die Unabhängigkeit der Ukraine«.
15.05.2014	Die nationale Statistikbehörde vermeldet für das erste Quartal 2015 einen Außenhandelsüberschuss in Höhe von 1,2 Milliarden US-Dollar.
15.05.2014	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass ihre Inspektoren im Gebiet Luhansk von Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« nicht zur ukrainisch-russischen Grenze vorgelassen werden.
15.05.2014	Das Unterhaus des US-Kongresses verabschiedet ein Gesetz, das die Unterstützung der ukrainischen Armee mit letalen Waffen im Wert von 300 Millionen US-Dollar vorsieht.
16.05.2014	Berichten US-amerikanischer Medien zufolge beabsichtigt US-Präsident Barack Obama, gegen ein mögliches Gesetz zur Waffenlieferung an die Ukraine ein Veto einzulegen. Am Vortag hatte das Repräsentantenhaus für einen entsprechenden Gesetzesvorschlag gestimmt.
16.05.2014	Laut der OSZE-Beobachtermission wird die vereinbarte Waffenruhe im Donbass weiterhin verletzt – insbesondere um den Küstenort Schyrokyne, den Flughafen von Donezk und die Gegend um Luhansk. Beide Seiten hätten zudem weiterhin nicht alle schweren Waffen abgezogen.
17.05.2015	Dem Generalstabssprecher Andryj Lysenko zufolge nimmt das ukrainische Freiwilligenbataillon »Ajdar« bei Kämpfen bei Luhansk zwei Offiziere des russischen Militärgeheimdienstes fest. Wenig später taucht im Internet ein Video auf, in dem sich einer der beiden als Angehörigen der russischen Armee bezeichnet. Von Seiten der Separatisten der »Volksrepublik Luhansk« heißt es, die Festgenommenen seien Angehörige der Luhansker »Volkspolizei«.
18.05.2015	Der Chef des Inlandsgeheimdienstes SBU, Walentyn Nalywajtschenko, erklärt, dass die beiden in der vergangenen Woche festgenommenen Soldaten, die laut den ukrainischen Behörden dem russischen Militärgeheimdienst GRU angehören, von der Vereinbarung zum Gefangenaustausch nicht betroffen seien. Die Staatsanwaltschaft ermittelte gegen sie wegen terroristischer Straftaten. Der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin erklärt unterdessen, dass keine russischen Soldaten in der Ukraine eingesetzt würden. Die beiden Festgenommenen stünden nicht mehr im Dienst der russischen Armee.
18.05.2015	Finanzministerin Natalja Naresko unterzeichnet eine Übereinkunft mit den USA zur Bereitstellung von insgesamt einer Milliarde US-Dollar an Hilfskrediten an die Ukraine.
18.05.2015	Warwara Tschebotar, die Tochter des ehemaligen stellvertretenden Innenministers Serhyj Tschebotar, erhebt Anklage gegen eine Gruppe von Journalisten des Fernsehsenders ZIK. Die Polizei ermittle wegen »Einmischung in ihre Privatsphäre«, berichtet eine Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko. Ende April 2015 war die Gruppe von Journalisten vor dem Haus Serhyj Tschebotars tätlich angegriffen worden. Tschebotar war am 14. Mai 2015 zurückgetreten – als Reaktion auf den Angriff und umfangreiche Korruptionsvorwürfe.
19.05.2015	Die OSZE-Beobachtermission stellt zum wiederholten Male fest, dass auf beiden Seiten des Konflikts im Donbass nicht alle schweren Waffen gemäß den Minsker Vereinbarungen an ihren Unterbringungsorten verblieben seien.
19.05.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das es der Regierung erlaubt, Rückzahlungen an ausländische private Gläubiger vorübergehend einzustellen. Die Regierung hatte am Morgen einen entsprechenden Gesetzesvorschlag eingebracht. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt den Schritt damit, durch die Möglichkeit eines Moratorium gegenüber privaten Gläubigern in einer besseren Verhandlungsposition zu sein.
20.05.2015	Der russische Außenminister Sergej Lawrow spricht sich in einem Interview dafür aus, die so genannten »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk politisch in die Ukraine zu integrieren.
20.05.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt in einem Interview mit der BBC, dass die Ukraine sich in einem Krieg mit Russland befinde. Die beiden verhafteten Soldaten, die den ukrainischen Behörden zufolge dem russischen Militärgeheimdienst GRU angehören, seien ein Beweis dafür.
20.05.2015	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates, Oleksandr Turtschynow, erklärt in einem Interview, die Ukraine werde nach Möglichkeiten suchen, Raketabwehrsysteme auf ihrem Territorium zu errichten. Er begründet dies mit der Entscheidung der russischen Führung, Atomwaffen auf der Krim zu stationieren.
20.05.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk verkündet die Entscheidung der Regierung, die Übereinkunft mit Russland über militärisch-technische Zusammenarbeit vom Mai 1993 unilateral aufzukündigen.
21.05.2015	Das Parlament erklärt in einem Beschluss, dass die Ukraine einige Normen der Europäischen Menschenrechtskonvention durch mögliche Maßnahmen im Konflikt in Donbass vorübergehend außer Kraft gesetzt habe. Dies betrifft u. a. Gesetze, die es ermöglichen, Terrorismusverdächtige über 72 Stunden gefangen zu halten. Oksana Syrid, Abgeordnete der Partei Selbsthilfe, erklärt, es handle sich dabei um vorübergehende Maßnahmen und nicht um eine generelle Abkehr von einzelnen Normen der Menschenrechtskonvention.

21.05.2015	Das Parlament verabschiedet fünf Gesetze, in denen einzelne militärisch-technische Kooperationsabkommen zwischen Russland und der Ukraine aufgekündigt werden. Darunter ist auch ein Abkommen über den Transit russischer Militärausrüstung durch die Ukraine in die von Moldawien abgespaltene Region Transnistrien.
21.05.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet von einem Gespräch der Mission mit den von der ukrainischen Armee aufgegriffenen russischen Soldaten, die zurzeit in einem Militärkrankenhaus in Kiew behandelt werden. Beide hätten gegenüber den Beobachtern der OSZE in Abwesenheit ukrainischer Kräfte erklärt, der russischen Armee anzugehören und auf eine Aufklärungsmission in die Ukraine entsandt worden zu sein. Sie seien bewaffnet gewesen, hätten aber keinen Befehl zum Angriff gehabt. Einer von beiden habe mehrfach betont, dass keine russischen Soldaten an Kämpfen in der Ukraine beteiligt seien.
22.05.2015	In der Nacht gibt es Zusammenstöße zwischen Polizisten und Demonstranten des »Finanzmaidans« am Parlamentsgebäude. Die Polizei nimmt zwölf Menschen fest. Am Vortag hatte vor dem Parlament eine Protestkundgebung stattgefunden. Die Demonstranten fordern, ein Gesetz zur Restrukturierung der Auslandsschulden zu erlassen.
22.05.2015	Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International veröffentlicht einen Bericht, in dem sie beide Seiten des Konflikts beschuldigt, Gefangene zu foltern. Der Bericht basiert auf den Aussagen von 33 ehemaligen Gefangenen beider Seiten. 32 davon berichten unter anderem von Schlägen, Tritten, Elektroschocks, Schlafentzug und vorgetäuschten Hinrichtungen. Den Separatisten wirft der Bericht zusätzlich vor, Gefangene zu erschießen.
22.05.2015	Auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft treffen sich in Riga Vertreter aus den 28 EU-Staaten und der Ukraine, Georgien, Armenien, Belarus, Aserbaidschan und der Republik Moldau. Die gemeinsame Abschlusserklärung erkennt die »europäischen Bestrebungen« Georgiens, Moldaus und der Ukraine an, eröffnet ihnen jedoch keine konkrete Beitrittsperspektive.
22.05.2015	Auf dem Gipfel der Östlichen Partnerschaft in Riga unterzeichnen die EU und die Ukraine ein Abkommen über weitere Finanzhilfen in Höhe von 1,8 Milliarden Euro. Damit umfassen die Hilfskredite der EU an die Ukraine seit 2014 etwa 3,4 Milliarden Euro.
23.05.2015	Das Innenministerium meldet, dass ein Kommandant der Nationalgarde im Gebiet Saporischschja eigenmächtig Militärausrüstung unterschlagen und an lokale Händler verkauft habe.
23.05.2015	Der Abgeordnete des Blocks Petro Poroschenko und ehemalige Innenminister Jurij Luzenko erklärt, dass im Herbst zusammen mit den Lokalwahlen ein Referendum über den Status der von Separatisten kontrollierten Gebiete im Donbass abgehalten werden könnte. Der »Parlamentssprecher« der »Volksrepublik Donezk«, Andrij Purgin, äußert sich ablehnend zu dem Vorschlag. Man habe den Sonderstatus mit Waffen erkämpft und ein Referendum habe stattgefunden – ein weiteres Referendum sei nicht notwendig.
24.05.2015	Die OSZE-Beobachtermission berichtet, dass im Vergleich zu den vergangenen Tagen die Anzahl der Verstöße gegen die Waffenruhe zurückgegangen sei.
24.05.2015	Laut dem Leiter der regionalen Abteilung des Innenministeriums im Gebiet Donezk, Wjatscheslaw Abroskin, wird die ukrainisch kontrollierte Stadt Awdijiwka nördlich von Donezk von Seiten der »Volksrepublik Donezk« beschossen. Dabei sei ein Zivilist ums Leben gekommen.
24.05.2015	Bei Luhansk wird nach Angaben der Separatisten Aleksej Mosgowoj, einer ihrer hochrangigen Befehlshaber, bei einem Anschlag getötet. Nach Separatistenangaben sind dafür ukrainische Spezialeinheiten verantwortlich. Die ukrainische Seite weist die Anschuldigungen zurück. Bei dem Attentat kommen insgesamt sieben Menschen ums Leben.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/russland/>>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <<http://www.laender-analysen.de/ukraine/>>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <zentralasien-analysen@dgo-online.org>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: Belarus: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>>; Russland: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>>; Ukraine: <<http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>>; zentralasiatische und kaukasische Staaten: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php>

Twitter

<<https://twitter.com/laenderanalysen>>